

SPD-Kreisverband Kiel

ordentlicher Kreisparteitag 25. Februar 2017, Legienhof

Antragsteller: OV Wik

TOP 11

Um die Attraktivität der Ausbildungsbedingungen und bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende in der Landeshauptstadt Kiel zu sichern, möge der Kreisparteitag beschließen:

1 **Antrag: „Bezahlbares Wohnen für Auszubildende sicherstellen“**

2

3 Die SPD-Ratsfraktion möge prüfen, ob Bedarf für ein Auszubildendenwohnheim in der
4 Landeshauptstadt Kiel besteht. Dazu soll Kontakt mit der Industrie- und Handelskammer, der
5 Handwerkskammer, Unternehmerverbänden sowie Gewerkschaften aufgenommen werden,
6 um in enger Abstimmung mit überregional bedeutenden Ausbildungsbetrieben die Nachfrage
7 nach einer derartigen Einrichtung zu bewerten.

8

9 Besteht eine derartige Nachfrage, sollen die rechtlichen Grundlagen, vor allem in Bezug auf
10 die Unterbringung Minderjähriger, geprüft und in Fragen der Realisierbarkeit auf die
11 Erfahrungen des lokalen Studierendenwerks sowie des von der Hamburger SPD-Fraktion
12 initiierten Projekts eines „Auszubildendenwerks“ zurückgegriffen werden.

13

14 In Bezug auf die Finanzierbarkeit ist vor allem die Gründung einer privaten Stiftung nach dem
15 Hamburger Modell zu prüfen, in der die im ersten Absatz genannten Akteure auch finanziell
16 an der Umsetzung und dem langfristigen Betrieb eines derartigen Wohnheims beteiligt sind.

17

18 **Begründung:**

19 In Schleswig-Holstein befinden sich derzeit fast 30.000 Personen in einer Berufsausbildung.
20 Ein Auszubildender verdiente im Jahr 2016 durchschnittlich zwischen 930 Euro (Industrie-
21 und Handel) und 720 Euro (Handwerk), wobei die Verdienste im ersten Ausbildungsjahr
22 teilweise deutlich darunterliegen. Vor allem Auszubildende, die auf Grund der Entfernung
23 zwischen Ausbildungs- und Heimatort nicht im elterlichen Haushalt wohnen können, sehen
24 sich mit hohen Fahrt- bzw. Unterkunftskosten konfrontiert.

25

26 Die in den letzten Jahren stark ansteigenden Mietpreise v.a. in Groß- und Universitätsstädten
27 – wie beispielsweise der Landeshauptstadt Kiel - führen dazu, dass trotz steigender
28 Ausbildungsvergütungen ein immer größerer Teil des Ausbildungsgehalts für Wohnkosten
29 aufgewendet werden muss, sofern überhaupt eine bezahlbare Unterkunft gefunden wird.
30 Gemeinsam mit den stark angestiegenen Studierendenzahlen erhöht sich somit weiter der
31 Druck am Wohnungsmarkt auf die eh schon benachteiligte Gruppe der Jugendlichen und
32 jungen Erwachsenen.

33

34 Im Bereich studentischen Wohnens haben daher in den letzten Jahren die öffentlichen
35 Studierendenwerke sowie private Anbieter die Kapazitäten an Wohnheimplätzen stark
36 ausgebaut. Entsprechend auf die Bedürfnisse von Auszubildenden zugeschnittene

37 Wohnformen fehlen in weiten Teilen bisher, was auch an dem - im Vergleich zu Studierenden
38 - geringeren Alter der Auszubildenden liegt. Viele Auszubildende in den ersten Lehrjahren
39 sind noch nicht volljährig, was in Bezug auf die pädagogische Betreuung in Wohnheimen
40 besondere Standards erfordert.